

# lisst

# linke liste • solidarische stadt

- +++ Für den Freiburg-Pass mit einem Sozialticket! + Seite 1
- +++ private public partnership: Ausdruck für die Enteignung öffentlicher Güter + Seite 2
- +++ Beteiligungshaushalt: Modell für vielfältige Mitwirkungsmöglichkeiten + Seite 2
- +++ Was bedeutet GATS für Freiburg? + Seite 3
- +++ Arbeitszeitverlängerung bringt mehr Arbeitslosigkeit + Seite 4
- +++ Brief von einem Wagenbewohner an die Stadt Freiburg + Seite 5
- +++ Wahlergebnis der Linkspartei in Freiburg + Seite 6

## Januar 2006

linke liste • solidarische stadt • talstr. 10 • 79102 freiburg • www.lisst.de • kontakt: lisst-freiburg@web.de

## Auswirkungen von Hartz IV und Arbeitslosengeld II

Die Einkommensbezieher von Arbeitslosengeld II erfahren und spüren zugleich die einschneidenden Auswirkungen auf ihre Lebenssituation nach dem Einführen des Hartz IV-Gesetzes im Januar dieses Jahres. Im alten Sozialhilfegesetz hieß es: „Sozialhilfe soll ein Leben in Würde ermöglichen.“ Das Wort „Würde“ ist im Hartz IV-Gesetz gestrichen. Das Gesetz verspricht aber die Teilhabe an der Gesellschaft und am kulturellen Leben. Die Situation zahlreicher betroffener Menschen – besonders auch in Freiburg-Haslach und in Freiburg-Weingarten – zeigt, dass diese im Gesetz erhobenen Erklärungen vollends an der Wirklichkeit vorbeiziehen.

In prekärer Situation befinden sich besonders alleinstehende Menschen, Arbeitslose, die Alg II beziehen, Erwerbsunfähige, kranke Menschen, Rentner mit geringen Renten und ergänzender Grundsicherung, aber auch Familien und Alleinerziehende. Allen gemeinsam ist, dass sie monatlich mit Transferleistungen leben müssen, die bei weitem zum Leben nicht ausreichen. So müssen Alleinstehende mit dem monatlichen Regelsatz von 345 Euro leben und alle Bedarfe abdecken, die zum täglichen Leben wichtig sind. Nach Abzug aller Festkosten, ausgenommen Miete und Heizung, bleiben den Menschen noch zwischen 7 und 9 Euro am Tag zum Leben. Es widerspricht allen Grundsätzen eines Lebens in Würde, wenn davon auch noch Rücklagen für notwendige Anschaffungen z.B. für Kleidung, einen Herd oder andere notwendige Bedarfsmittel, gebildet werden sollen. An eine Regiokarte für 41 Euro ist in den seltensten Fällen zu denken, obwohl diese Mobilität ermöglichen würde. Die Regelsatzverordnung enthält für den ÖPNV lediglich 17,91 Euro bereit. Die früheren Beihilfen wurden gänzlich abgeschafft. Ausnahmeregelungen gibt es für Erstanschaffungen bei Kindern und Erstaussstattung für eine Wohnung.

Es ist kein Geheimnis mehr, dass Armut seit der Einführung von Hartz IV und Arbeitslosengeld II erheblich angewachsen ist und besonders

Alleinstehende, Alleinerziehende und Kinder darunter zu leiden haben. Der Armutsbericht vom Sommer 2005 weist auf eine erschreckende Zunahme der Kinderarmut hin.

In vielen Fällen sind Schulden aus der Vergangenheit bei Strom, Heizung, Miete und andere zu tilgen, die den Regelsatz weiter schmelzen lassen. So wird die mehr als fragwürdige Darlehens- und Kreditempfehlung durch die Behörden die geringen Mittel zusätzlich belasten. Nicht wenige dieser Menschen befinden sich in einer verzweifelt Situation und stehen unter materiellem Druck, der sie verzweifeln lässt. Beispielhaft wie sich Hartz IV nachteilig auf die Menschen auswirkt, seien die Lebensbereiche Wohnen und Gesundheitsversorgung angeführt, die Einschränkungen und Ausgrenzung für zahlreiche Betroffene mit sich bringen.

Die Erfahrungen in einigen Stadtteilen Freiburgs wie Haslach und Weingarten bestätigen eine Verschlechterung der Chancen auf dem Wohnungsmarkt. Die Nachfrage nach billigem und bezahlbarem Wohnraum wächst hier stetig. Alleinstehende Menschen im AlgII-Bezug haben auf dem freien Wohnungsmarkt in Freiburg so gut wie keine Chance, eine Wohnung zu erhalten. Für die Höchstsätze von 5,62 Euro/qm und 252,90 Euro für eine Zwei-Zimmer-Wohnung, sucht man auf dem freien Markt vergeblich. Solche Wohnungen sind fast ausschließlich nur über die Stadtbau zu bekommen. Die Kaution wird nur als Darlehen gewährt. Renovierungskosten müssen Bewerber bei der Stadtbau z.B. bei Erstbezug selbst tragen in Form von Darlehen oder Spenden Dritter. Ein Wohnberechtigungsschein muss mit 5 Euro erworben werden. Nebenkosten für Heizung, Wasser etc. werden meist pauschal abgegolten und decken nicht die realen Aufwendungen, trotz eines eindeutigen Urteils des Sozialgerichts Mannheims vom September 2005. Dieses Urteil (AZ. AS 507/05) besagt, dass die tatsächlichen Aufwendungen erstattet werden müssen. Obwohl die Gefahr der Verschuldung ständig gegeben ist, wird

diesen Menschen auch noch von Amts wegen eine Verschuldung und Ratenzahlung auf's Auge gedrückt. Dies ist ein Eingeständnis der Behörde dafür, dass ein Auskommen mit diesem Regelsatz nicht möglich ist.

Es ist ebenfalls kein Geheimnis mehr, dass zwischen Armut und mangelnder Gesundheit bzw. Gesundheitsvorsorge ein Zusammenhang besteht. Obwohl AlgII-Empfänger krankensichert sind, nutzen viele nicht die ärztlichen

zu erkennen. Etliche Menschen fallen faktisch aus der Gesundheitsversorgung heraus und sind doppelt krankheitsgefährdet gegenüber Erwerbstätigen. Arbeitslosigkeit macht bekanntlich krank, was schon lange erwiesen ist. Nach einer Untersuchung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sind schätzungsweise 11 Millionen Menschen in der BRD einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt und dadurch auch krankheitsgefährdet. Gesundheitlich eingeschränkte Erwerbslose haben weit geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Gesunde. Eins steht fest: der Regelsatz deckt in den wenigsten Bereichen die wirklichen Bedarfe und muss, so wie es der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert, um mindestens 20 % auf 412 Euro erhöht werden.

Nur eingeschränkt am kulturellem Leben teilnehmen zu können oder gar davon ausgeschlossen zu sein, gesundheitlich eingeschränkt oder gestresst, unter Schulden und ständigem Mangel leidend, von einer Maßnahme zur anderen geschoben: Diese nur schwer zu ertragenden Folgen behindern oder verhindern sehr stark eine Integration ins Arbeitsleben. Nur die Leistungsfähigsten – und das sind vorwiegend gut ausgebildete Menschen – werden noch Glück haben, eine Arbeit oder Beschäftigung auf dem immer enger werdenden Arbeitsmarkt zu finden.

Das System einer sozial gerechten und tragenden Solidargemeinschaft wird durch diese Entwicklung in Richtung Abbau sozialer Sicherungssysteme nach und nach ausgehöhlt und aufgegeben, mit fatalen Folgen für Menschen und Gesellschaft. Dies wird man in Zukunft auch in den Stadtteilen Haslach und Weingarten mit hoher Arbeitslosigkeit zu spüren bekommen. Es ist an der Zeit, dass sich die Verantwortlichen wieder der wirklichen Inhalte sozialer Gerechtigkeit und sozialen Friedens bewusst werden, was letztlich einem sozialen und demokratischen Rechtsstaats gerecht wird.

Max Heinke



Hilfen. Sie wollen die Praxisgebühr und die Medikamentenkosten sparen, um etwas mehr zum Leben zu haben. Zahnarztbesuche fallen meistens weg. Jeglicher Zahnersatz muss selbst bezahlt werden. Ähnlich verhält es sich, wenn eine Brille notwendig wird. Für die Gesundheitspflege, die Praxisgebühr und Medikamente sind lediglich 12,32 Euro im Regelsatz enthalten. Deshalb leben inzwischen viele Langzeitarbeitslose mit erhöhtem Krankheitsrisiko, so auch in den benachteiligten Stadtteilen Freiburgs. Diese Auswirkungen sind im öffentlichen Raum bei vielen Menschen leicht

...niemand darf von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden!

## Für den Freiburg-Pass mit einem Sozialticket!

Reichtum und Armut wachsen weltweit und auch in unserem Land – das wissen wir nicht erst seit der Veröffentlichung der Reichtums- und Armutsberichte der Bundesregierung. Von 8,7 % im Jahr 1973 stieg die Armutsrate in Deutschland bis 2003 kontinuierlich auf 13,5 %, und die notwendigen politischen Reaktionen bleiben einfach aus. Statt dessen wird von einer großen Koalition der „SozialreformerInnen“ Hartz IV durchgesetzt, obwohl von kompetenter Seite lange zuvor eine weitere deutliche Zunahme von Armut durch dieses Gesetz vorhergesagt wird. Auf 1,7 Millionen steigt nach Angaben des DPWW allein die Zahl der in Armut lebenden Kinder und die Gesamt-Armuts-Quote dürfte

2005 wegen Hartz IV deutlich über den Werten von vor 2 Jahren liegen.

Die Kommunen haben die Hartz-Gesetze nicht direkt entschieden (wobei auch auf kommunaler Ebene allerdings erschreckend viel Zustimmung der politisch Verantwortlichen anzutreffen ist). Da liegt es nahe, sich aus seiner Verantwortung herausstehlen zu wollen für die immer zahlreicher werdenden Menschen, die gezwungen sind, in Armut zu leben.

Wir fordern – als MitarbeiterInnen des RUNDEN TISCHES – zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze in Freiburg die politische Führung der Stadt Freiburg auf, sich Ihrer Verantwortung für alle BürgerInnen dieser Stadt zu stellen!

Eine wichtige Möglichkeit dazu ist die Einführung eines Sozialpasses für alle Menschen mit zu geringen Einkünften, der allen die Teilnahme an verschiedenen kulturellen, sportlichen und sozialen Aktivitäten ermöglicht, und der – durch ein Sozialticket – das Recht aller auf „Mobilität“ gewährleistet. Der RUNDE TISCH hat ein Modell für einen solchen „Freiburg-Pass“ entwickelt und will mit Unterstützung aller, die diesen brauchen und aller, die ihn ebenfalls für unbedingt nötig halten, erreichen, dass der Freiburg-Pass eingeführt wird.

Es gibt bei der Mehrheit der Fraktionen im Freiburger Gemeinderat noch keine wirkliche Begeisterung für dieses Projekt; wir müssen da

gemeinsam noch etwas nachhelfen im Interesse aller Menschen, die in dieser Stadt zusammen leben wollen, und die es nicht hinnehmen, dass Tausende von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden.

Nähere Informationen und Unterschriftenlisten zur Unterstützung dieser Initiative gibt es per E-Mail unter [runder-tisch-freiburg@web.de](mailto:runder-tisch-freiburg@web.de) oder bei MitarbeiterInnen des RUNDEN TISCHES und der LISST.

Am Freitag, 27. Januar um 17.00 Uhr Rathausplatz: Öffentliche Übergabe der 5000 Unterstützungsunterschriften an Oberbürgermeister Dr. Salomon.

Martin Klaus

# PPP: Partnerschaft von Fuchs und Gans?

„...Nach der Privatisierung sieht die Welt anders aus: Kein normaler Bürger ist zu Vorstandssitzungen internationaler Wasser- oder Stromkonzerne eingeladen.“

Ernst Ulrich von Weizsäcker  
(FR 2.11.2005)

Auf Anfang 2006 wurde die Gemeinderatsentscheidung über eine PPP-Schulsanierung vertagt: Zahlreiche Kritik, vorgestellte Alternativvorschläge und Anfragen beim Bürgermeisteramt machten die Beschlussfassung in der Dezembersitzung sinnlos. Auf 25 Jahre sind die Pläne des Schuldezernates von Bürgermeisterin Stuchlik für eine Öffentlich-Private „Partnerschaft“ (PPP engl.: private - public - partnership) angelegt – mit unabsehbaren Folgen für die Schullandschaft und vor allem auch für eine kommunale Einflussnahme der Bürger. Schulen, und dazu gehören unbedingt auch deren Gebäude, sind Teil gesellschaftlicher und damit öffentlicher Daseinsvorsorge. Erfahrungen - auch negative - mit PPP gibt es reichlich in England; bundesweit sind sie erst am Anfang. Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD, also genau der Parteien, die über Jahre und Jahrzehnte die Verarmung der Kommunen bewusst in Kauf genommen haben, will nun Dienstleistungen mit Privatkapital als PPP ausdrücklich fördern: „Öffentliche und private Investitionen sollen erleichtert werden, um die Modernisierung der Infrastruktur in Deutschland zu beschleunigen ... Wir werden die gesetz-

lichen und weiteren Rahmenbedingungen für Public Private Partnership im Hoch- und Tiefbau weiter verbessern.“ So soll die Zahl der Pilotprojekte steigen und die Arbeit der bestehenden PPP Task Force verstärkt werden. Außerdem würden die Vertragsstrukturen für PPP-Modelle vereinheitlicht und allgemein anerkannte Regeln für eine Wirtschaftlichkeitsanalyse im Rahmen der Vergabe eingeführt. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie sagte der Koalition „die volle Unterstützung“ zu. Mit der Novellierung des jüngst beschlossenen „Gesetzes zur Beschleunigung der Umsetzung von öffentlich-privaten Partnerschaften“ könnten die noch verbliebenen PPP-Hemmnisse - etwa im Investmentrecht und im Zuwendungsrecht - beseitigt werden.“ (Die Welt 15.11.2005)

Auf der Grundlage der kommunalen Verarmung soll eine Umwandlung von öffentlichen Dienstleistungen in kapitalistisch produzierte Waren stattfinden. „The basar is open“ - eine mit Gats- und EU - Richtlinien geförderte Marktöffnung für Dienstleistungen gigantischen Ausmaßes findet statt. Diese gelten inzwischen weltweit mit 2/3 Marktanteil als dynamisches, profitversprechendes Wachstumssegment.

Mehr oder weniger sanierungsbedürftig nach Jahren der Vernachlässigung sind alle 80 Freiburger Schulen mit einem Gesamtanierungsbedarf von ca. 130 Mio Euro: Ein städtisches Gesamtkonzept steht auf der Tagesordnung. Die „Machbarkeitsstudie“ bezieht sich lediglich auf die 10 sanierungsbedürftig-

sten Schulen und die Hauptfeuerwache. Ersteller der Studie ist die West KC - eine Tochter der Westdeutschen Landesbank. In mehreren Veranstaltungen der Stadt im Rathaus und der Max-Weber-Schule wurden reine PPP-Modelle oder auch sog. Inhouse-Modelle (mit städtischen Tochter- oder sogar Enkeltochtergesellschaften) vorgestellt und Experten angehört. Einbeziehung der Kommune über Öffentlichkeitsarbeit und letztendlich die PPP-Vertragsgestaltung sowie der jeweiligen Schulen, Hausmeister, Eltern usw. in PPP-Beiräten seien Demokratie in Reinkultur.

Worum geht's in Freiburg? Die Machbarkeitsstudie von West KC, Tochter der WestLB sowie der „EY Law Luther Menold“, eine Rechtsanwaltsfirma der weltweiten Unternehmensberatung Ernst&Young sowie der bundesweiten „iwb Ingenieurgesellschaft mbH“ errechnete einen sehr hypothetischen Vorteil von 14,7 % oder 18,9 Mio Euro bei einer Laufzeit von 25 Jahren - also eine Festlegung bis 2031. Mit anderen Worten: Über 25 Jahre würde es keinerlei öffentliche Kontrolle über die bauliche Entwicklung der Schulen geben. Schulbauten sind aber immer - wenn auch zeitlich versetzt - Spiegelbild pädagogischer, bestenfalls auch zukunftsweisender Weiterentwicklungen im allgemeinen öffentlichen Interesse.

Die städtischen Hausmeister und die überwiegend städtischen Reinigungskräfte sollen zwar mit Besitzstandssicherung, aber in reduzierter Zahl und rundum flexibel An-

gestellte der privaten Betreibergesellschaft werden. Einen Großteil der langfristigen Rendite nach der 3-jährigen Sanierungsphase erhoffen sich die möglichen Betreiber über eine Senkung der Personalkosten.

Ein Punkt am Rande: Kleine Nebenprofite durch gesponserte Schleichwerbung im Klassenzimmer - ermöglicht durch private Schulgebäude - Betreiber? Diesbezüglich herrscht bundesweit schon lange Goldgräberstimmung. Werbung direkt in Schulen für gerade angesagte Mode, Süßigkeitsriegel, Aknemedikament oder neueste Handymodelle wird im Internet angeboten: Vorläufer der Rothaus-Banderolen um Bibliothekstitel an der Freiburger Juristischen Fakultät...? Nicht nur Dienstleistungen, auch die Taschen der Jugendlichen und Studenten sind im Visier.

Wichtig ist es, in den kommenden Wochen die Kritik an PPP weiter zu entfalten, aber realistischerweise auch Alternativmodelle zu prüfen. Eine Aufteilung in mehrere, zeitlich kürzere und regionale Lose (Aufträge), Inhouse-Lösungen über städtische GmbHs (Mannheimer Modell) oder Eigenrealisierungen der Stadt Freiburg selbst.

So oder so müssen - je nach Ausgang der Debatte - in einer eventuellen Vertragsgestaltung neben dem Hauptinteresse des öffentlichen Bildungsauftrages auch die Interessen der Schüler, Lehrer, Eltern, Hausmeistern und Reinigungskräften der Schulen mit klaren Rechten und Einflussmöglichkeiten abgesichert werden.

Ulrike Schubert

## Beteiligungshaushalt, in Berlin Lichtenberg und anderswo Stell Dir vor, es sind Haushaltsberatungen und alle reden mit...

Seit rund 15 Jahren wird in der brasilianischen 1,3 Millionen-Stadt Porto Alegre ein Beteiligungshaushalt praktiziert. In einem mehrere Monate währenden Diskussions- und Entscheidungsprozess entscheiden die EinwohnerInnen Porto Alegres über die städtischen Investitionen des nächsten Jahres. Dieser Prozess wird von unten aufgebaut, von einzelnen Straßen über die Quartiere und Stadtbezirke bis zur Gesamtstadt. Beteiligt sind anfangs nur wenige Hundert Menschen an diesem Prozess, so

nehmen heute mehrere Zehntausend Menschen ihr Recht, den städtischen Haushalt mitzugestalten, in Anspruch. Nebeneffekt: Studien haben ergeben, dass in Porto Alegre das politische Interesse insgesamt höher ist, die Wahlbeteiligung zum Stadtparlament ebenso und der Schuldenstand der Stadt vergleichsweise sehr niedrig. Während in verschiedenen Kommunen in Frankreich und Spanien, aber auch in anderen europäischen Ländern Beteiligungshaushalte nach dem Vorbild Porto Alegres

eingeführt wurden, beschränkten sich die Ansätze in der BRD im Wesentlichen auf eine umfassende Information der BürgerInnen, ohne aber wahre Mitsprache und Entscheidungskompetenz zu gewähren.

Der mutigste und radikalste Ansatz für einen Beteiligungshaushalt findet derzeit in Berlin-Lichtenberg (260.000 EinwohnerInnen) statt. Dort beschloss die Bezirksverordnetenversammlung vor zwei Jahren, diesen Weg zu gehen. Nun befindet sich Berlin-Lichtenberg mitten im Prozess der Diskussion über den Etat des Jahres 2007. Seit Herbst dieses Jahres wird in den Quartieren über den Haushalt des Stadtbezirks Berlin-Lichtenberg in der Öffentlichkeit informiert, über Strukturen eines Haushaltes wie über seine Inhalte und Zahlen.

In den fünf Stadtteilen Lichtenbergs haben nun in den nächsten Monaten die EinwohnerInnen und die dort Beschäftigten über 14 (!) Jahren die Möglichkeit, eigene Anträge zum Haushalt zu stellen. Alle Anträge müssen von mindestens 20 Wahlberechtigten unterschrieben sein. Und in jedem Stadtteil können bis zu 20 Anträge eingereicht werden. Gibt es mehr Vorschläge, wird in einer BürgerInnenversammlung abgestimmt, welche Anträge weitergeleitet werden. Die Stadtverwaltung von Berlin-Lichtenberg moderiert diesen Prozess. Sie schätzt, dass von dem Volumen von ca. 430.000,- des Lichtenberger Haushaltes ca. 35.000,- tatsächlich frei verfügbar und entscheidbar sind (viele Ausgaben, wie z.B. Lohnausgaben für städtische Bedienstete sind gesetzlich vorgeschrieben und nicht wirklich abstimmbare). In einer Versammlung im gesamten Bezirk Berlin-Lichtenberg wird dann im Frühjahr/Sommer 2006 darüber diskutiert und abgestimmt, welche Rangfolge bzw. Priorität die insgesamt 100 Haushaltsanträge bekommen. Alle Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung haben eine politische Selbstverpflichtung

abgegeben, dass sie sich, soweit irgend möglich, an das Votum des Beteiligungshaushaltes halten werden, wenn sie im Herbst 2006 über den Haushalt 2007 entscheiden. Und es wird eine Auswertung dieses ganzen Prozesses geben, so wie auch alle Informationen über diesen Prozess (z.B. welche Vorschläge eingegangen sind) jederzeit im Internet abrufbar sein sollen.

Ich halte den Ansatz von Berlin-Lichtenberg für den mutigsten und radikalsten Ansatz zur Einführung eines Beteiligungshaushaltes in der BRD. Und einen Ansatz, den wir von der Projektgruppe Beteiligungshaushalt aufmerksam verfolgen werden. Mittlerweile hat die Projektgruppe Beteiligungshaushalt ein Konzept für Freiburg erarbeitet und führt Gespräche mit einer Reihe von Organisationen, Initiativen und Verbänden, um für die Einführung eines Beteiligungshaushaltes als eine effektive Form direkter Demokratie auch in Freiburg zu werben.

Stell Dir vor, es wird entschieden, wofür Geld ausgegeben wird und wofür nicht und alle reden mit, in Porto Alegre, in Berlin-Lichtenberg, in Freiburg und anderswo.

Hendrikk Guzzoni

Stadtrat der Linken Liste-Solidarische Stadt  
(weitere kommunalpolitische Informationen und Meinungen s.a. [www.hendrikk-guzzoni.de](http://www.hendrikk-guzzoni.de))



Seit 1988 sendet RDL auf der Frequenz 102,3 MHz. Wirklich gut ist der Sender schon lange nicht mehr empfangbar, doch seit einigen Jahren verschärft sich die Frequenzsituation. Im schweizerischen Jura und im Elsass gingen leistungsstarke Sender an den Start. Sie stören den Empfang von RDL. Abhilfe würde für RDL geschaffen, indem die Leistung des Senders von einem Kilowatt auf fünf erhöht wird. Zusätzlich muss noch eine „Stadtfrequenz“ in Freiburg für RDL bereitgestellt werden. Die Landesanstalt für Kommunikation als verantwortliche Behörde, verweigert sich diesen Maßnahmen. RDL geht daher davon aus, dass der politische Wille bei der LfK fehlt, dem Freien Radio eine hörbare Frequenz zur Verfügung zu stellen. Dies widerspricht dem Auftrag der LfK, die Empfangbarkeit eines Radios innerhalb seines (nominellen) Verbreitungsgebietes sicherzustellen. Die Empfangbarkeit von Radio Dreieckland im Rheintal sowie in Freiburg und Umgebung muss verbessert bzw. wiederhergestellt werden! Dabei ist RDL auf die Unterstützung seiner Freundinnen und Freunde, Hörerinnen und Hörer angewiesen. Sie werden gebeten, die im Dezember im Programmheft radio! eingelegten bzw. in Kneipen ausgelegten Postkarten an die LfK zu schicken. Auch über die Homepage von RDL ([www.rdl.de](http://www.rdl.de)) kann man durch seine Unterschrift das Radio in seinen Forderungen bestärken. (hav)

### Impressum

Herausgegeben von  
Linke Liste - Solidarische Stadt,  
Talstr. 10, 79102 Freiburg,  
mail: [lisst-freiburg@web.de](mailto:lisst-freiburg@web.de)  
Auflage: 3.000

Januar 2006

Redaktion: Ulrike Schubert, Anne Reyers,  
Hardy Vollmer  
Satz: Jürgen Baumeister  
Druck: April und Tochter



# Privatisierungsgegner vernetzen sich europaweit

Knapp 400 Kommunalpolitiker, Verwaltungsvertreter, Gewerkschafter und Mitglieder von Organisationen wie attac beteiligten sich vom 22.-23.10.2005 am „Ersten Europäischen Kongress lokaler Verwaltungen zur Förderung öffentlicher Dienstleistungen“. Eingeladen hatte der Bürgermeister der Stadt Liège in Belgien, Willy Demeyer (Parti Socialiste). Aktuelle Bedeutung hatte die Konferenz, um kurz vor dem Hongkong-Gipfel der Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember länderübergreifend Position gegen den Privatisierungsdruck der Verhandlungen über ein neues Welthandelsabkommen (GATS) zu beziehen. Einhellig forderte die Konferenz in einer Resolution das Ende der GATS-Verhandlungen und die Rücknahme der „Bolkestein-Richtlinie“ zur Vergabe von Dienstleistungen in der EU nach dem Herkunftsprinzip. Zuvor hatten die überwiegend aus Belgien und Frankreich angereisten Teilnehmer zwei Tage lang über die Folgen der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa und die Möglichkeiten der Gegenwehr diskutiert. „Der Einfluss des GATS und der EU-Direktiven auf die lokalen Verwaltungen und Dienste“, „Welche öffentlichen Dienste für welches Europa?“ und „Finanzierung der öffentlichen Dienste und Steuerwesen“ lauteten die drei Foren am Samstag Nachmittag. Eine italienische Stadtverordnete aus Turin berichtete z.B. vom erfolgreichen

Kampf gegen die Privatisierung der Wasserversorgung und Alternativmodelle, mit denen nachgewiesen werden konnte, dass eine Wasserversorgung in öffentlicher Hand qualitativ besser und trotzdem billiger betrieben werden kann, als von Privaten, die Profit machen wollen.

Im Plenum kamen Gewerkschafter wie Mike Waghorne (Sekretär der Internationale des Services Publics) zu Wort, ein Vertreter des Bürgermeisters der Stadt Genf – eine der europäischen Großstädte, die sich zur „GATS-freien Zone“ erklärt haben – und der Philosoph Henri Pena-Ruiz, Autor des Buches „Lektionen über das Glück – Es lebe der öffentliche Dienst!“

Am Samstagnachmittag wurde die Diskussion von der Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg, Christina Emmerich geleitet, die als Teil der Delegation der Linkspartei PDS an der Konferenz teilnahm. Professor R. Petrella (Universität Louvain-La-Neuve) rief dazu auf, „hart“ zu sein gegenüber den radikalen Privatisierern und erörterte die Frage, inwieweit die Verteidigung öffentlicher Dienstleistungen ein Gegensatz gegen eine „neoliberale Politik des Marktes“ ist. Etwas religiös wurde es, als er dafür eintrat, wie in früheren Kulturen das Wasser wieder „heilig“ zu sprechen. Man könnte die Frage, was zu einer öffentlich zu garantierenden Grundversorgung gehört, auch nüchterner diskutieren. An-

gesprochen wurde in diesem Zusammenhang z.B. die Alterung der Gesellschaften, aus der sich neue Aufgaben für öffentliche Dienstleistungen ergeben. J. Nikonof, Präsident von attac Frankreich erläuterte, dass die niedrigen Einkommensschichten auf öffentliche Leistungen der Daseinsvorsorge angewiesen sind. Mehrere Diskussionsteilnehmer hoben darauf ab, dass es nicht um die Verteidigung des „Status quo“ gehen kann, einschließlich verkrusteter bürokratischer Strukturen, sondern Privatisierungen nur verhindert werden können, wenn der direkte Einfluss der Einwohner auf die Gestaltung und Durchführung öffentlicher Dienstleistungen ausgeweitet wird.

Anderer machten deutlich, dass GATS und auch die Bolkestein-Richtlinie den kommunalen Handlungsspielraum untergraben: „Uns muss es um den Zusammenhalt der Menschen vor Ort gehen, kommunal. Und

der wird nicht durch den Wechselkurs bestimmt.“ Interessant war, dass sich offensichtlich insbesondere im französischen Sprachraum und in Italien breite Fronten gegen eine Privatisierungspolitik bilden, die mehr oder weniger deutlich die Stärkung kommunaler Strukturen wollen. Die Konferenz wurde von vielen als ein erster Schritt zur Vernetzung verstanden, nicht nur der Kommunen untereinander, sondern auch mit Gewerkschaften, Initiativen usw. Gegen die Bolkestein-Richtlinie demonstrierten am 15.10.2005 in Rom 50.000 Menschen. Weitere, europaweite Aktionen sind geplant. Geplant ist u.a. ein Aktionstag Mitte Januar mit einer Demonstration in Straßburg. Die Stadt Genf hat sich bereit erklärt, zusammen mit der Vereinigung L'Acces général sur le commerce des services (AGCS) eine nächste Konferenz auszurichten.

Wolfgang Freye

## Europäischer Kongress der lokalen Verwaltungen zur Förderung der öffentlichen Dienstleistungen

### Beschluss des Kongresses:

#### Wir widersetzen uns

- der Liberalisierung durch die Welthandelsorganisation (WTO), durch die sämtliche Dienste über das Notwendige hinaus ausschließlich dem Wettbewerb unterworfen werden sollen...
- den europäischen Direktiven, die die Privatisierung der öffentlichen Hand und insbesondere der lokalen öffentlichen Dienste beabsichtigen.
- die Zerschlagung der kommunalen öffentlichen Dienste durch unsere eigenen Regierungen.

#### Wir bekämpfen

- die Perspektive, dass der Zugang zu substanziellen Gütern ohne Rücksicht auf ihre soziale Nützlichkeit der spekulativen Gier der Märkte unterworfen wird.
- eine liberale Normierung, der die politischen Entscheidungen unterworfen sind und die die sozialen Ungleichheiten, die Konkurrenz unter den Arbeitenden, die territorialen Unterschiede und die weltweiten Unausgewogenheiten verschlimmert.
- die Bevormundung der lokalen Verwaltungen durch die WTO, die in ihrem freien Handlungsspielraum eingeschränkt werden.

#### Wir unterstreichen, dass

- zur Wahrung der Menschenrechte öffentliche Schutzeinrichtungen nötig sind, die nach solidarischen Prinzipien organisiert sind – hinsichtlich der Verwaltung ebenso wie bei der Finanzierung durch einer gerechtere Steuerpolitik

...

- ohne öffentliche Dienste keine ausgewogene menschliche Entwicklung unter Beachtung sozialer und demokratischer Rechte möglich ist, weil sie für die Bürger unabdingbar sind ...

#### Wir ... fordern

- das Ende der GATS-Verhandlungen in der WTO.
  - die Herausnahme der Sektoren, die der Daseinsvorsorge dienen (Wasser, Gesundheit, Bildung, Energie, Transport, sozialer Schutz, Kultur, Lebensmittel) und das Verbot der Kommerzialisierung menschlicher Verhältnisse
- ...
- die faktische Rücknahme der so genannten „Bolkestein-Direktive“ und aller Direktiven, die die öffentlichen Dienste betreffen (Transport u.a.) ...

#### Daher

- werden wir jede Gelegenheit ergreifen, um diese Forderungen hervorzuheben ...
- schlagen wir allen Netzwerken (Bürgern, Gewerkschaften, Volksvertretern) vor, eine Vernetzung aufzubauen ... um die öffentlichen Aufgaben als angemessene Antwort auf die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen auf allen Ebenen ... nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch zu fördern.

Lüttich, 23. Oktober 2005

## Was bedeutet eigentlich GATS für Freiburg?

GATS, d.h., „General Agreement on Trade on Service“, übersetzt: allgemeine Übereinkunft für Dienstleistungen. Eine EU-Dienstleistungsrichtlinie wird z.Z. verhandelt. Sie soll einen freien EU-Binnenmarkt schaffen und bestehende Hindernisse beseitigen. Sollte sie dem vorliegenden Entwurf entsprechend umgesetzt werden, bedeutete das für die Gemeinden/Kommunen, dass diese alle ihre Dienstleistungen, die sie einkaufen, Europa-weit ausschreiben müssen, auch wenn sie lieber einen lokalen Anbieter bevorzugen würden.

Zentrale Kritikpunkte an der EU-Richtlinie sind vor allem der Geltungsbereich für alle bezahlten Dienstleistungen sowie das sogenannte „Herkunftslandprinzip“.

Als Dienstleistung ist alles definiert, was für Geld zu haben ist: Die Arbeit des Dachdeckers oder der Schneiderin genauso wie die des Altenpflegers, der Postbotin, der Caritas-Beschäftigten usw. Das heißt, die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge ist in die Richtlinie einbezogen und muss sich dem freien Binnenmarkt öffnen. Egal, ob es sich um soziale Sicherungssysteme handelt, um Altenheime, Kinderbetreuung, Behinderteneinrichtungen, Wasserversorgung, Verkehrssysteme usw. – alles ist dem freien Wettbewerb unterworfen und der darf nicht von Gemeinnützigkeitsgesichtspunkten behindert werden.

Der zweite zentrale Kritikpunkt ist das „Herkunftslandprinzip“. Danach kann jeder Dienstleistungsanbieter im EU-Bereich tätig werden, und zwar entsprechend den Gesetzen und Regelungen seines Herkunftslandes: Die Qualifikation der Beschäftigten, ihre Bezahlung, die Arbeitszeit, der Gesundheits- und Umweltschutz usw. – das alles muss allein dem Herkunftsland entsprechen – egal welche Regelungen im Zielland gelten, in dem die Dienstleistung ausgeführt wird. Fatal ist auch, dass die Mitgliedsstaaten keinerlei Möglichkeiten mehr haben, zu kontrollieren oder zu bestimmen, wie im

eigenen Land gearbeitet wird. Sie dürfen lediglich dann einen Betrieb mit anderem Herkunftsland kontrollieren, wenn dieses dazu den Auftrag erteilt – allerdings dürfen sie daraus keine Folgen ziehen, etwa Strafen erlassen.

Ein Unternehmer kann seinen Firmensitz in ein anderes EU-Land verlegen, in dem für ihn lukrative Perspektiven bestehen, so dass er Personal- und Betriebskosten stark reduzieren kann. Dazu reicht ihm schon ein Briefkasten im neuen Herkunftsland. Es kann bedeuten, dass Aufträge der Stadt Freiburg an einen Anbieter in Portugal vergeben werden, der sich dort einen Firmensitz in Form eines Briefkastens zugelegt hat. Das Personal jedoch, das diesen Auftrag ausführt, wird nach portugiesischen, somit geringerem Lohn bezahlt; auch wenn es ArbeiterInnen aus Deutschland sind. Deshalb warnen alle Kritiker der Richtlinie vor der Folge, dass zwangsläufig alle Qualitätsstandards sinken müssen und Sozialdumping die Norm wird, solange noch keine einheitlichen sozialen und tariflichen Mindeststandards für alle EU-Länder durchgesetzt sind.

Die Hauptsorge von Gemeinden ist, dass die Grundversorgung der Bevölkerung mit der Richtlinie zur Disposition gestellt ist, wenn sie den Prinzipien der freien Wirtschaft unterworfen werden. Deshalb trafen sich kommunale Vertreter aus verschiedenen Ländern in Liège im Oktober 2005 mit folgende Themen: Kommunikation, Bau- und Ingenieurwesen, Distribution, Bildung, Umwelt, Gesundheitswesen und soziale Dienstleistungen, Tourismus, Freizeit, Kultur und Sport, Transportwesen.

In unserem Nachbarland Schweiz haben sich bereits über 60 Gemeinden als GATS-frei erklärt, darunter Genf, Vevey, Yverdon, Stein am Rhein. Verschiedene BürgermeisterInnen in der Schweiz arbeiten zur Zeit an einem Vorschlag, einen Verband GATS-freier Gemeinden zu gründen.

Die Entscheidungskompetenzen der Gemeinden werden bereits jetzt stark eingeschränkt, so dass sie ihre politischen und sozialen Zielsetzungen nur schwer verteidigen können. Der schweizer Gemeinderat in Gürbetal bei Bern z.B. hat die Erfahrung machen müssen, dass er gerichtlich gezwungen wurde, seinen Auftrag zur Abwasserreinigung an einen externen Billiganbieter zu vergeben, obwohl die Gemeinde das nicht wünschte, sondern eine etwas teurere regionale Firma beauftragt hatte.

In Freiburg musste vor zwei Jahren eine Schulbuchanschaffung der Schulen zu Schulbeginn an einen auswärtigen Anbieter (aus Bayern) vergeben werden, obwohl

sich auch ansässige Buchhandlungen um diesen Auftrag bemüht hatten. Im Folgejahr teilte die Stadt den Auftrag in kleinere Vergabeabschnitte auf, so dass auch örtliche (kleinere) Firmen einen Zuschlag erhielten. Freiburg sollte sich dem schweizer Vorbild anschließen und sich zur GATS-freien Zone erklären.

Am 14. Februar 2006, dem Samstag vor der entscheidenden Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments wollen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aus ganz Europa gegen die geplanten Dienstleistungsrichtlinie in Straßburg demonstrieren

Wulfhild Aulmann / Anne Reyers

# Arbeitszeitverlängerung bringt mehr Arbeitslosigkeit

Es vergeht keine Woche mehr, ohne dass Unternehmer, ihnen nahe stehende Wirtschaftsinstitute oder Politiker verkünden, in Deutschland würde zu kurz und zu wenig gearbeitet und deshalb müsse die tägliche, wöchentliche oder Jahresarbeitszeit verlängert, der Urlaub gekürzt und Feiertage gestrichen werden. Das alles wird dann auch noch als Beitrag gegen die Arbeitslosigkeit verkauft. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Tatsächlich bedeutet Arbeitszeitverlängerung, egal wie auch immer sie aussieht,

## Freitagabend

Stellen Sie sich vor, es ist Freitagabend und Sie überlegen sich, wie Sie mit Ihrer Liebsten oder Ihrem Liebsten das Wochenende verbringen möchten. Kino? Theater? Konzert? Schick essen gehen? Ein Blick in den Veranstaltungskalender, Sie greifen zum Telefon, um Karten reservieren zu lassen: Sie können sogar noch etwas in Ihrer Wunschcategory erhalten. Ein Babysitter ist auch schnell gefunden: So können Sie Ihre Liebste oder Ihren Liebsten überraschen!

Wer Sie dann aber überrascht ist sie oder auch er: Sie oder er muss am Samstagabend bis 20.00 (oder bald 22.00 Uhr oder länger?) im Geschäft stehen, anschließend noch die Kassenabrechnung machen und wird wohl vor 21.00 Uhr kaum zu Hause sein. Konzert? Kino? Viel zu müde. Schmerzende Beine, schmerzender Kopf und voll von Stress. Das alles kann bald in Freiburg wahr werden, wenn sich die Geschäftsführungen der großen Konzerne durchsetzen. Rundum einkaufen zu können: Ein US-amerikanischer Traum (ebenso wie von CDU, FDP und anderen), der auch bei uns Fuß fassen soll.

Es stellen sich hier zwei Fragen: Wer soll so lange arbeiten und wer kann so viel Geld ausgeben? Braucht unsere Gesellschaft diese langen Ladenöffnungszeiten? Fehlen in den Haushalten die Kühlschränke, so dass der Konsument gezwungen ist, rund um die Uhr frische Lebensmittel einkaufen zu müssen? Hat der Hartz IV - Empfänger genügend Geld übrig, um gegen Mitternacht noch Kleidung einzukaufen?

Die Gehälter in den USA in der Dienstleistungsbranche/Einzelhandel sind so niedrig, dass viele mehrere Jobs haben, um sich den nötigen Lebensunterhalt zu verdienen. Auch hierzulande nehmen mehrere geringfügige und prekäre Arbeitsverhältnisse gleichzeitig zu.

Welche Auswirkungen hätten allgemeine Ladenöffnungszeiten am Samstag bis 20 Uhr auf das soziale Leben?

Alles geöffnet bis 20.00 Uhr heißt ja nicht, dass das Personal um 20.00 Uhr das Geschäft verlassen kann, es kommen ja noch die Abschlussarbeiten hinzu. Geht denn am Samstagabend noch um 20.30/21.00 Uhr ein Bus oder die Bahn in die ländlichen Gebiete? Wie kommt man/frau in Dunkel sicher nach Hause? Abholen lassen? Kein Auto? Taxi vom kargen VerkäuferInnen-gehalt?

Arbeitsfreie Zeit muss ja nicht am Wochenende sein? Soll man sie doch an einem Vormittag in der Woche nehmen und dann allein ins Kino, Konzert, den Sprachkurs gehen, Freunde treffen? Diese Art flexibel zu sein, trifft dabei immer die unteren Einkommensgruppen.

„Geiz-ist-geil“? – Ganz besonders geizig sollten wir mit unseren eigenen physischen und psychischen Reserven umgehen.

Sagen wir NEIN zu längeren Öffnungszeiten, die unsere arbeitsfreien Zeiten verschieben, dass für gemeinsame Familien- und Freundschaftsaktivitäten kaum noch Raum bleibt!

Anne Reyers

nichts anderes als die faktische Kürzung der Löhne und damit gleichzeitig verbunden der Abbau von Arbeitsplätzen. So führt die Verlängerung der Arbeitszeit um nur eine Stunde wöchentlich zu einer indirekten Lohnkürzung von 2%. Dabei ist noch gar nicht einberechnet, dass in vielen Bereichen wie selbstverständlich von der Ableistung von Überstunden ohne Bezahlung bzw. Freizeitausgleich ausgegangen wird. Und selbst unter optimalen Bedingungen führt Arbeitszeitverlängerung sofort zum Verlust von Arbeitsplätzen. Sieht man z.B. zur Post, dort hatte Ver.di vor drei Jahren einen Tarifvertrag (Beschäftigungspakt) abgeschlossen, der den Beschäftigten in der Zustellung die Möglichkeit einräumt auf „freiwilliger Basis“ die Arbeitszeit gegen Bezahlung zu verlängern. Die Praxis bei der Post hat sich nun so entwickelt, dass - bevor auch nur ein Zusteller die Bereitschaft erklärt hat, zusätzliche Leistungen zu übernehmen - das Management über entsprechende Budgetierungsvorgaben

## Kinderarbeit – was haben wir damit zu tun?

Die ILO (International Labor Organisation) zählt weltweit ca. 246 Millionen Kinder im Alter zwischen 5 und 18 Jahren, die ausbeuterische und damit abzuschaffende Kinderarbeit verrichten müssen. Diese Form der Kinderarbeit wird definiert a) Arbeit von Kindern, die das Mindestalter (unter 10 Jahren arbeiten weltweit ca. 73 Mio. Kinder) nicht erreicht haben, b) Arbeit, die die körperliche, geistige oder seelische Gesundheit von Kindern gefährdet und c) Zwangsarbeit, wie Sklaverei, Schuldknechtschaft, Zwangsrekrutierung für den Einsatz in bewaffneten Konflikten, Pornografie und illegale Tätigkeiten.

Kinderarbeit kann in vielen Produkten stecken: in Lebensmitteln, wie Kaffee, Orangensaft, Tee, Kakao, in Kleidung, Turnschuhen, Fußbällen, Spielzeug, ebenso wie in Teppichen, Blumen und Natursteinen. All das wird von uns gekauft und zum Teil täglich verbraucht bzw. benutzt.

In Freiburg gründeten Freiburger Steinmetze das Xertifix-Label, das Natursteine (darunter fallen auch Grabsteine) kennzeichnet, die unter menschenwürdigen Bedingungen abgebaut werden. Zwei Drittel der deutschen Grabsteine stammen aus Indien, meist aus südostindischen Steinbrüchen, in denen Kinder als Schuldknechte ihrer Eltern arbeiten. Xertifix-Steinmetze garantieren, dass ihre Steine nicht mit ausbeuterischer Kinderarbeit geschlagen wurden.

Doch das Problem gibt es nicht nur in Indien und den dortigen Steinbrüchen, sondern auch in China, Vietnam und anderen asiatischen Ländern; Pflastersteine, Granit für Fassaden und Gartenplatten, aber auch Kleidung, Fußbälle, Schokolade und vieles mehr entsteht mit Hilfe von Kinderarbeit unter den unwürdigsten Bedingungen.

Die Initiative Earth Link hat daher die Aktion „Aktiv gegen Kinderarbeit“ ins Leben gerufen. Sie ruft Städte und Gemeinden auf, sich dazu zu verpflichten, nur noch Produkte zu kaufen, die nachweislich nicht mit ausbeute-

einfach hochgerechnet hat: Es gibt so und so viele Zusteller, diesen wird dann unterstellt, jeder übernimmt 2 zusätzliche Stunden und schon sind die berechneten Arbeitsplätze verschwunden. Eine ähnliche Praxis gibt es in allen Bereichen, in denen Arbeitszeitverlängerungen vereinbart wurden. Dies zeigt eindeutig, dass Arbeitszeitverlängerungen in Wirklichkeit Jobkiller sind.

Dass es auch anders geht, zeigten die Beschäftigten der Unikliniken. Auch dort wollten die Klinikleitungen die Arbeitszeit auf bis zu 41 Stunden verlängern. Doch gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft Ver.di konnte dieser Angriff mit beeindruckenden Streiks, die unter schwierigen Bedingungen durchgeführt werden mussten, weitgehend abgewehrt werden.

Dies könnte auch in vielen anderen Bereichen erreicht werden, wenn sich noch mehr Beschäftigte in den Gewerkschaften organisieren und sich gegen die Unternehmerangriffe wehren. Eine gute Hilfe dafür können aktive gewerkschaftlich organi-

rischer Kinderarbeit hergestellt wurde. Dies kann zum Beispiel eine Richtlinie sein, dass Aufträge nur noch an Firmen vergeben werden dürfen, die fair gehandelte Materialien verwenden. In zwölf Städten gibt es bereits einen Beschluss, so in München und Konstanz.

In Freiburg ist die Kampagne 'Rote Karte gegen ausbeuterische Kinderarbeit' ent-

stand. Sie möchte bewirken, dass die Stadt Freiburg ebenfalls eine Richtlinie beschließt, keine Produkte zu beschaffen, die mit ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden.

(weitere Informationen unter: [www.earthlink.de](http://www.earthlink.de) oder [www.eine-welt-freiburg.de](http://www.eine-welt-freiburg.de))

Anne Reyers/Saskia Ross

## Aber gucken ist schön

Ich finde es wunderbar, wenn ich mich abends langweile und noch für eine oder zwei Stunden Läden-Gucken gehen kann. Ein bisschen hier, ein bisschen da, das gefällt mir schon, auch wenn ich dabei leider kein Geld ausgeben kann. Was ich bei meiner knappen Rente bis 20.00 Uhr nicht einkaufen konnte, kann ich halt bis Mitternacht oder sonntags auch nicht kaufen.

Aber gucken ist schön.

## Erklärung Freiburger Bürgerinnen und Bürger zum Konflikt zwischen der Stadt Freiburg und den »Schattenparkern«

Wieder einmal wird die Freiburger Öffentlichkeit über Auseinandersetzungen zwischen jungen und älteren Menschen hier, der Stadtverwaltung und der Polizei dort informiert. Wieder einmal geht es um die Frage, ob und in welchem Maße junge Leute sich das Recht herausnehmen dürfen, so zu wohnen, wie es ihren Bedürfnissen und Vorstellungen entspricht. Die „Schattenparker“ reklamieren ein Grundrecht auf ein selbstbestimmtes Leben mit anderen Gleichgesinnten in einer Bauwagenkolonie, die Stadtverwaltung verweist auf Anwohnerklagen, Gemeinderatsbeschlüsse und Rechtsverfügungen. Am Beispiel dieser Gruppe wird deutlich, wie schwer sich eine Gesellschaft tut, wenn Menschen tradierte Lebensformen verlassen und neue Experimente wagen wollen, und wie wenig souverän Kommunalverwaltungen oft in einer solchen Situation reagieren.

Freiburg, die Stadt, die stolz ist auf ihren liberalen Lebensstil und auf ihre breite Palette alternativer Lebensformen, ist drauf und dran, diesen Konflikt in die Eskalation zu treiben. Unbeweglich beharren Stadtverwaltung und Polizei auf ihrer Sicht der Dinge. Erinnerungen an die 80er Jahre, an „Dreisameck“ und „Schwarzwaldhof“ werden wach: Soll hier ein Exempel statuiert und eine einmal eingeschlagene, harte Linie konsequent „durchgezogen“ werden, egal, welcher Schaden daraus entsteht, egal, wie sinnvoll diese Haltung ist?

Zugleich aber melden sich aus der Bürgerschaft, der Wissenschaft, den Gewerkschaften, den Kirchen wie aus den Rathausparteien Stimmen, die die Anliegen der Wagenburgler ernst nehmen und der Stadt zum Gespräch statt zur Repression raten.

Denn in der Sicht der Stadtverwaltung erscheinen die „Schattenparker“ zwar als konfliktprovokierende und unvernünftige Ansammlung von Aussteigern, hart am Rande der Legalität. Doch beim Lesen der von der Gruppe publizierten Selbstdarstellungen und im persönlichen Gespräch mit ihren Mitgliedern entsteht ein durchaus anderer Eindruck: dass es sich hier um geschäts- und dialogbereite VertreterInnen einer ernstzunehmenden Idee experimentellen Wohnens handelt; dass hier auf unkonventionelle Weise - und deshalb für viele befremdlich - eigene Antworten gesucht werden auf unsere in Bewegung geratene Gesellschaft, - eine Gesellschaft, die Mobilität, Initiativ- und Innovationsbereitschaft preist und deshalb auch Experimenten dieser Art einen Platz einräumen sollte.

Angesichts dieser zwiespältigen Situation müssen Freiburgs Stadtverwaltung und Bürgerschaft sich fragen, wie es nun weiter gehen soll:

– Das Experiment dieser Gruppe weiterhin mit den Mitteln der Macht, des formalen Rechts und der polizeilichen Gewalt unterdrücken?

– oder: die Unbequemen widerwillig dulden und mit möglichst restriktiven Bedingungen marginalisieren und zermürben?

– oder: den Dialog suchen, die Gruppe ernstnehmen, sie aufmerksam fördern, wo sie es verdient, und fair und gelassen sich um Ausgleich bemühen, wo unterschiedliche Interessen auf einander prallen?

Wir UnterzeichnerInnen setzen uns mit Entschiedenheit dafür ein, dass die Stadtverwaltung ihren bisherigen Konfliktkurs aufgibt, für erträgliche Lebensbedingungen der Betroffenen sorgt und gemeinsam mit ihnen und engagierten BürgerInnen nach einem Ausweg aus der gegenwärtigen Situation sucht. Wir bieten unsere Hilfe für einen solchen Weg an.

Freiburg, den 13. Dezember 2005

ErstunterzeichnerInnen: Hans Joachim G e h r k e, Universitätsprofessor – Ute G u z z o n i, Universitätsprofessorin – Hans Peter H e r r m a n n, Universitätsprofessor – Jürgen H ö f f l i n,

Die ErstunterzeichnerInnen bitten um eine breite Unterstützung nachfolgender Erklärung Freiburger Bürger und Bürgerinnen zum Konflikt zwischen der Stadt Freiburg und den „Schattenparkern“. Ein kurzer, zustimmender Text mit Name, Beruf und Adresse bitte an: [hpherrma@gmx.de](mailto:hpherrma@gmx.de). Wir werden versuchen, möglichst rasch mit der Stadtverwaltung in Verbindung zu treten, um sie und die Schattenparker zu einer kurzfristigen Entspannung der Situation und zu einer langfristigen einvernehmlichen Lösung des Konflikt zu bewegen.

Für die ErstunterzeichnerInnen: Hans Peter Herrmann; Maximilianstr. 8; 79100 Freiburg



# Brief von einem Wagenbewohner an die Stadt Freiburg

Mit tiefer Bestürzung nehme ich den staatlich-städtischen Umgang in Freiburg mit Wagendörfern zur Kenntnis. Damit hat Freiburg gezeigt, dass es sich von Vorurteilen leiten lässt, dass es sich von politischem Populismus lenken und von Intoleranz bestimmen lässt.

Ich fordere die politisch Verantwortlichen hiermit auf, für diese Tat ihren Hut zu nehmen. Außerdem sind die Wagen umgehend herauszugeben.

Es kann nicht angehen, dass sich die Herrschenden einer Stadt ihre Bevölkerung nach eigenem Ermessen aussuchen und dabei bestimmte Personenkreise, die in diesem Zusammenhang gerne mit Ressentiments belegt werden, aus der Stadt begrenzt werden.

Die Welt besteht nicht nur aus sesshaften Wohnungsmenschen! Schon in der Bibel zeigt die Geschichte von Kain, dem sesshaften Ackerbauer, und Abel, dem ziehenden Hirten, dass es verschiedene Daseinsformen gibt, die alle ihre Berechtigung haben. Die Beseitigung Abels und die Verleugnung der Verantwortung scheint auf die politisch Verantwortlichen eins zu eins zu übertragen sein.

Nicht zuletzt hat sich sogar das Internationale Komitee für Grund- und Menschenrechte für ein Recht auf die freie Wahl der Wohnform ausgesprochen und damit zum Ausdruck gebracht, dass eine Stadt oder Kommune unterschiedlichen Ansprüchen seiner Bevölkerung gerecht werden muss anstatt sich eine gefällige Bevölkerung zu selektieren.

Als StudentInnen vor 30 Jahren in Wohngemeinschaften zogen, wurde das von vielen recht misstrauisch beäugt, inzwischen ist es eine etablierte Wohnform. Befragt man heute Leute, wie sie wohnen, bekommt man eine Palette möglicher Wohnformen präsentiert, ohne dass über die Zulässigkeit einzelner Wohnformen diskutiert wird. Die Sozialwissenschaft belegt diese Entwicklung mit dem Schlagwort Pluralisierung. Diese Entwicklung egal, wie wir sie bewerten bestimmt auch den Bereich des Wohnens. Die Wohnungsbaupolitik ist heute gefordert, mehr Raum für individuelles Wohnen zu schaffen und flexible Wohnungskonzepte zu entwickeln. Wir brauchen eine Stadtplanungspolitik, in der innovative Alternativprojekte Platz finden. Die gesellschaftliche Veränderungen stellen auch veränderte Anforderungen an Politik und Verwaltung. Die Diskussion um

Verwaltung als Dienstleistung für die Bürger, ein Leitbegriff der Verwaltungsreform, spiegelt diese gesellschaftliche Entwicklung wieder.

Das Verwaltungshandeln sollte sich an den Interessen und Bedürfnissen der BürgerInnen orientieren. Dafür besteht der erste Schritt darin, das Bedürfnis nach einer Wohnform, die es seit über 20 Jahren in Freiburg gibt wahrzunehmen und zu akzeptieren.

Viele Stadtverwaltungen in ganz Deutschland haben einen konstruktiven Umgang mit dem Bedürfnis nach der Wohnform Wagenwohnen entwickelt. Beispiele aus Hannover oder Kiel dienen durch ihren konstruktiven Umgang mit der Thematik Bauwagenplätze anderen Städten als Vorlage bei der Entwicklung eines Vertragswerkes. Dabei können Wagenplätze tatsächlich interessante Alternativen zur traditionellen Wohnweise bieten.

Wagenplätze vier Hauptziele:

## 1. Soziales Wohnen

Ein Aspekt des sozialen Wohnens besteht in dem halböffentlichen Charakter der Wohnprojekte, der zur Belebung der Stadtteile beiträgt und eine soziale Kontrolle für das Wohnumfeld garantiert. Da sich Wagenplätze meistens auf Geländen ansiedeln, die nicht vollständig erschlossen sind (keine Straßenlaternen etc.) trägt die Anwesenheit der Wagen und ihrer BewohnerInnen zum subjektiven Sicherheitsgefühl von Passanten bei. Die Sozialstruktur des Wagenplatzes ist zum einen sehr viel größer angelegt als in der Familie, zum anderen sehr viel persönlicher und verbindlicher als in einem Mietshaus. Das schafft die Möglichkeit in einer Struktur zu leben, in der das Miteinander wieder größere Bedeutung gewinnt. In den Generationen übergreifenden Wohnprojekten werden Probleme gemeinsam gelöst. Dabei wird die Eigeninitiative jedes Einzelnen besonders gefördert.

## 2. Kulturelles Wohnen

Als halböffentlicher Raum dienen die Gelände als kulturelle Treffpunkte. Diese Vielfalt macht eine Qualität urbanen Wohnraumes aus. In Wagendörfern werden unterschiedlichste Veranstaltungen organisiert, vom Kino- bis zum Tangoabend, vom Flohmarkt bis zur Jugendarbeit. Die praktizierte Wohnkultur, die auf Kreativität, Improvisation und Eigeninitiative beruht, war in der Vergangenheit auch immer wieder fähig, an bestehende Kunst- und Kulturprojekte anzuknüpfen oder mit ihnen zu kooperieren.

## 3. Ökologisches Wohnen

Ein wesentlicher ökologischer Vorteil der Nutzung eines Geländes mit Bau- und Zirkuswagen besteht darin, dass diese Flächen



nicht versiegelt werden, was zum einen beim Verlassen des Standortes günstig, aber auch für das Mikroklima in der Stadt von Vorteil ist. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Brachen über diese Nutzung sogar wiederbelebt werden. Oft dienen Brachen der illegalen Müllentsorgung. Nicht nur dass dies über das Bewohnen der Fläche ein Ende hat, sondern es findet auch ein Entmüllen der Fläche statt. Die Wohnumgebung wird aufgeräumt und zugänglich gemacht.

## Bewusster Umgang mit Ressourcen

Die alltägliche Stromversorgung wird über Solarmodule und Windkraft abgedeckt. Als Brauchwasser dient Regenwasser. Der Trinkwasserverbrauch reduziert sich so auf eine Menge, die zum Trinken und Kochen benötigt wird.

Dieser nachhaltige Umgang mit Energie und Wasser, der die Kostbarkeit und Begrenztheit natürlicher Ressourcen im Alltagsbewusstsein verankert, ist ökologischer Bestandteil dieser Wohnform.

## 4. Flexibles Wohnen

Das Zusammenleben und Arbeiten der Menschen hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Vor allem die Anforderungen unserer Gesellschaft nach Mobilität und Flexibilität haben zugenommen. Dies hat beträchtliche Auswirkungen auf das Wohnen, das sich mehr denn je den unterschiedlichen Ansprüchen der Menschen anpassen muss. Wie muss Wohnraum gestaltet sein, um beispielsweise den verschiedenen Lebensphasen seiner BewohnerInnen gerecht zu werden? So ist der Platzbedarf eines Singles zunächst einmal gering. Entschließen sich zwei Menschen miteinander zu leben, verändert sich der Anspruch an Raum und seine Gestaltung. Eine Familie erfordert wiederum ein neues funktionales Wohnkonzept, das die Bedürfnisse der Kinder mit berücksichtigt. Wohnraum muss sich diesen Anforderungen entsprechend anpassen.

Beim Wohnen müssen unterschiedliche Nutzungsanforderungen in Einklang gebracht werden. Dazu kann gehören, dass für einen begrenzten Zeitraum Gäste untergebracht werden sollen oder dass ein Bewohner einem besonderen Hobby nachgeht. Der Wohnraum muss sich individuellen Bedürfnissen anpassen. Die Wohnform individuell gestalteter Wohnmodule, wie sie die ausgebauten Bau- und Zirkuswagen darstellen, bietet dafür einen kreativen Umgang. Die Wagen können je nach verändertem Nutzungsbedarf zusammengestellt, mit einem Dach verbunden oder in anderer Kombination aufgestellt werden. Je nach Gestaltungsvorstellungen sind die Wagen leicht umzugestaltet und es kann auf Nutzungsanforderungen mit einem Gästewagen oder Werkstattwagen reagiert werden.

Pfui für diese Tat!!

Carsten Huhn, Emdener Str. 8, 34246 Vellmar

## Für alternative Lebens- und Wohnformen – gegen Ausgrenzung und Gewalt

Wir rufen auf zur Demonstration und Kundgebung am 21. Januar 2006. Beginn: 14 h Rathausplatz

Seit Jahren drückt sich die Stadt Freiburg vor Ihrer Verantwortung, den Bewohnern des provisorischen Wagenplatzes am St. Georgener Campus bei der Findung eines dauerhaften Wagenplatzes zu helfen. Stattdessen wurde den friedlichen symbolischen Besetzungen einiger Plätze mit rigiden Polizeieinsätzen begegnet, über 30 Wagen wurden beschlagnahmt und die Bewohner mitten im Winter obdachlos gemacht.

Dimension und Methodik der Polizeieinsätze bei den Räumungen und Demonstrationen in den letzten Wochen – speziell der Repressionskessel am 2.12.05 – erinnern an schlimmste deutsche Traditionen und fordern energische Widerstand heraus. Die Steuergelder, die für die Polizeieinsätze verschleudert wurden, hätten längst genutzt werden können um eine geeignete Lösung des Konfliktes zu finden. Der Kampf für einen Wagenplatz ist verbunden mit dem Problem der Freiburger Miet-,

Spekulations- und Ausgrenzungspolitik. In der Stadt Freiburg bewegen sich die Mieten auf einem Niveau, das es für Menschen mit kleinem Geldbeutel extrem schwierig macht, sich Wohnraum, ein menschliches Grundbedürfnis, leisten zu können.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat sich für ein Recht auf die freie Wahl der Wohnform ausgesprochen und damit zum Ausdruck gebracht, dass eine Stadt oder Kommune unterschiedlichen Ansprüchen ihrer Bevölkerung gerecht werden muss – anstatt sich eine gefällige Bevölkerung auszusuchen.

Ein selbstverwalteter Wagenplatz stellt dagegen eine begrüßenswerte pragmatische Auseinandersetzung mit diesem Problemkreis dar. Er bietet nicht nur den Bewohnern einen ihren Vorstellungen entsprechenden Lebenszusammenhang, sondern gibt auch allen Interessierten die Möglichkeit und

den Raum, durch kulturelle, soziale und politische Arbeit gemeinschaftlich gegen die Vereinzelung und Kommerzialisierung des täglichen Lebens anzugehen. Darüber hinaus haben die Schattenparker zukunftsweisende und ressourcenschonende Konzepte auf ökologischem Gebiet entwickelt. Eine sich ökologisch, tolerant und offen nennende Stadt wie Freiburg kann es sich nicht leisten, sich derartigen innovativen Konzepten zu verschließen! Wagenplätze sind in einigen anderen deutschen Städten längst akzeptiert.

Ein selbstverwalteter Wagenplatz ist Teil der alternativen sozialen Infrastruktur. Der Angriff gegen die 40 Wagenbewohner und ihre Kriminalisierung ist auch ein Angriff gegen alle alternativen Freiräume. Mit dieser Demonstration protestieren wir u.a. auch gegen die drohende Räumung der „Ex-Steffi“, des autonomen Zentrums in Karlsruhe.

Wir fordern

- ein sofortiges Ende dieser restriktiven und gewalttätigen Politik und einen konstruktiven Neubeginn, wie er einer offenen und toleranten Stadt entspricht.
- die sofortige bedingungslose Herausgabe aller beschlagnahmten Wagen.
- sofort einen provisorischen Stellplatz für die nächsten Wochen auszuweisen. Es gibt genügend geeignete Plätze!
- Verhandlungen zwischen der Stadt Freiburg und den Schattenparkern über einen dauerhaften Stellplatz für alle Wagen.

Für diese Demonstration gilt Alkohol-Verbot. Wir bitten alle TeilnehmerInnen, sich daran zu halten oder die Demonstration oder Kundgebung zu verlassen. Und wie immer: Kein Fussbreit den Nazis und Faschisten!

Aufrufer: Freiburger Friedensforum, Schattenparker e.V., attac-Freiburg

## Wahlergebnis der Linkspartei in Freiburg

# Sind Rückschlüsse auf die weiteren Aufgaben der Linken möglich?

Vorbemerkung: Der nachfolgende Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Vortrags für die Freiburger BO der Linkspartei PDS am 29.9.2005. Die Auswertungen beruhen auf den Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Freiburg. Differenzen zum amtlichen Endergebnis beruhen darauf, dass teilweise Briefwahlstimmen nicht berücksichtigt sind. Für den ohnehin (in verschiedener Hinsicht) problematischen Vergleich zu den Gemeinderatswahlen, wurde das prozentuale Stimmresultat der LISST bezogen auf die Gesamtzahl der Wähler und so eine Zahl von LISST-Wählern errechnet.

### Festigung des linken Wählerpotentials?

Die relativen Stimmanteile in Prozent lassen einen Vergleich zwischen den Bundestagswahlen und kommunalen Wahlen wegen der stark unterschiedlichen Wahlbeteiligung nicht zu. Es rentiert aber der Blick auf die absoluten Zahlen: er zeigt immerhin ein

länderquote; Kriterien also, die nur einen sehr holzschnittartigen Bezug zu den sozial und kulturell differenzierten Milieus in der Stadt darstellen können. Die Untersuchung der Wahlergebnisse in den Wahlbezirken unter diesem Gesichtspunkt ist trotzdem aufschlussreich.

Grundlage des Vergleichs der Stadtteilergebnisse ist eine Rangfolge der Stadtteile von „arm“ („Rang 1“= Brühl-Industriegebiet) nach „reich“ („Rang 40“= Waltershofen), der auf ihrer Rangfolge beim jeweiligen Anteils von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Ausländern beruht (vgl. Tabelle 2).

Wie zu erwarten ist, liegt die Wahlbeteiligung in den 20 ärmeren Stadtteilen mit durchschnittlich 70,5% um fast genau 10% unter der Wahlbeteiligung in den 20 reicheren Stadtteilen (80,6%). Bedenklich ist allerdings, dass trotz der heftigen öffentlichen Diskussion vor und während des

bei 6,95%, in den 20 „reicheren“ dagegen bei 4,33%

Der relativ „wohlhabende“ Bezirk (Armutsrang 34) St. Georgen-Süd (mit Vauban), der 2002 dem Bezirk Altstadt-Ring mit 4,2% den linken Spitzenrang abgelaufen hatte, wurde jetzt, trotz Steigerung auf 6,6% vom Bezirk Stühlinger-Beurbarung (Armutsrang 3) deutlich mit 9,25% geschlagen. Die

war: bei (bislang eher langsam) steigenden Stimmanteilen der Linken in allen Stadtteilen sind ihre Zuwächse in den ärmeren Wohngebieten am größten. Der gesellschaftliche Bezug der politischen Linken zu den ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen scheint sich zu verfestigen, ohne dass – was wirklich negativ wäre – die Zustimmung in den anderen Milieus verloren geht.

Tab. 1: Stimmergebnisse der Linken im Stadtgebiet Freiburg seit 1998

	Bundestag 2005 Die Linke. / Moos	Bundestag 2002 PDS / Mohlberg	Bundestag 1998 PDS / Mohlberg	GR 2004 LISST	OB 2002 Moos
Wahlbeteiligung	79,3%	80,9%	82,5%	50,0%	53,0%
	Erstst. Zweitst.	Erstst. Zweitst.	Erstst. Zweitst.		
absolute Stimmzahl	5.484 6.190	1.664 2.326	kein Kandidat 2032	4.626	10.877
Stimmen in %	4,9% 5,5%	1,5% 2,1%	1,7%	6,3%	14,3%

potentiell deutlich gewachsenes Reservoir an Leuten in Freiburg, die eine Politik links von rot-grün wünschen; eine Entwicklung die vor allem auch für zukünftige kommunale Wahlen hoffen lässt.

Wahlkampfes, die Wahlbeteiligung noch einmal leicht zurückgegangen ist.

Das durchschnittliche Ergebnis der Linkspartei in den 20 „ärmeren“ Bezirken liegt

besten Stadtteil-Werte wurden insgesamt ebenfalls in den Stühlinger-Bezirken (durchschnittlich 8,2%), Landwasser (7,48%) und Haslach (durchschnittlich 6,6%), also im „ärmeren“ Westen erzielt. Dagegen reicht es in der gesamten Wiehre trotz auch hier gestiegener absoluter Stimmzahlen „nur“ noch zu 4,8% (zum Vergleich: LISST erreichte dort bei den Gemeinderatswahlen 2004 überdurchschnittliche 7,9%). Dass die Linksergebnisse im großen Stadtteil Haslach mit dem bisherigen Ausnahmewahlbezirk St. Georgen-Süd/Vauban gleichziehen konnten, ist bemerkenswert. Es spricht einiges dafür, dass sich damit eine politische Entwicklung fortsetzt, die bereits bei den bisherigen Wahlen zu beobachten

### Korrelationen der Ergebnisse der Parteien in den Wahlbezirken

Die unterschiedlich verteilte „Verankerung“ der Parteien in den Stadtbezirken („Hochburgen“) führt im Vergleich der Stimmergebnisse der Parteien zu mehr oder weniger „ähnlich guten“ oder „ähnlich schlechten“ Ergebnissen. Das statistische Maß solcher relativer Übereinstimmung in positiver oder negativer Hinsicht ist der Korrelationskoeffizient.

Bei der Wahl 2005 gibt es die höchste Korrelation zwischen Stimmergebnissen der Linkspartei mit denen der SPD (+0,56). Die bislang höchsten Korrelationen zu den Ergebnissen der Grünen (BTW 2002: +0,75; GR 2004 LISST: +0,83) sinken auf einen Wert von 0,01, der einen statistisch nicht mehr messbaren Zusammenhang zwischen linken und grünen Ergebnissen ausdrückt. Die größte negative Korrelation besteht zu den Ergebnissen der FDP (-0,77), ein Wert, der in früheren Wahlen „nur“ bei -0,26 (LISST GR 2004) bzw. -0,40 (PDS 2002) lag. Während erwartungsgemäß auch zu den CDU-Ergebnissen eine negative Korrelation besteht (-0,71), korrelieren die Linksergebnisse jetzt erstmals positiv mit den (addierten) Ergebnissen von REP und NPD (+0,41). Dies zeigt nicht mehr und nicht weniger, dass die Linke in solchen Stadtgebieten relativ hohe Ergebnisse erzielt hat, deren soziale Zusammensetzung auch einen relativ hohen Anteil an rechten (Protest-)wählern hervorbringt; eine Tatsache, die wir in Zukunft, wie bisher, zum Anlass nehmen sollten weiterhin konsequent gegen jede rechte Ideologie und Position, auch wenn sie sich als soziales Engagement verkleidet, offen anzutreten.

Kurt Höllwarth

Die absolute Stimmzahl ist von 1998 mit 2.032 Zweitstimmen im Stadtgebiet, über 2.362 (2002) auf 6.190 bei dieser Wahl gestiegen. Damit wurde zwar die Zahl von 10.877 Stimmen für Michel Moos bei der OB-Wahl 2002 bei weitem nicht erreicht, gleichwohl aber die fiktiv errechnete Zahl von 4.626 LISST-Wählern bei der Gemeinderatswahl 2004 deutlich übertroffen (+33,8%). Weil die angewandte Rechenmethode aber so tut, als entspräche der Stimmanteil von LISST an allen Wählern einem entsprechenden Anteil an „Parteiwählern“, ist aufbauend auf dem diesjährigen Wahlergebnis für kommende kommunale Wahlen zumindest die Möglichkeit deutlicher Steigerungen geschaffen. Ein Ziel von 10% plus x bei kommunalen Wahlen scheint, wenn es gelingt die Wähler der Linkspartei auch bei kommunalen Wahlen zur Stimmabgabe zu bewegen, nicht mehr unrealistisch. Wenn es zusätzlich gelingt das Fraktionsbündnis mit Unabhängigen Frauen und Kult - in welcher Form auch immer - zu festigen, dann kann eine politische Kraft entstehen, die nicht nur Einfluss hat, sondern da und dort Mehrheiten. All das setzt zumindest eines voraus, nämlich die verbindliche Vereinbarung einer geordneten Kooperation innerhalb der Linken (die größer ist, als die Partei, die seit neuestem so heißt).

### Relative Stadtteilergebnisse im Vergleich

Der hier angestellte Vergleich der Stimmergebnisse für die Wahlbezirke unterstellt, dass dieser stadtteilbezogene Vergleich zumindest grob die „soziale Herkunft“ der Ergebnisse für die Parteien widerspiegeln kann. Das ist sicher nur teilweise richtig. Es fehlt an verlässlichen (kleinräumigen) Daten über Einkommen, Steueraufkommen, Vermögen etc. Alles was wir haben sind (stadtteilbezogene) Angaben zu Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug und Aus-

Tab. 2: Stimmergebnisse der Linken in den Stadtteilen  
sortiert nach prozentualen Ergebnis der Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen 2005  
(mindestens durchschnittliche Ergebnisse sind rot unterlegt)

Stadtteil	Armutsrang	BT 2005 (Zweitstimmen)						BT 2002 (Zweitstimmen)	
		Wahlberecht.	Wähler	Wahlbeteil.	Linkspartei			PDS	
					abs.	in %	Rang	in %	Rang
Stühlinger-Beurbarung	3	1.546	879	68,1%	80	9,25%	1	2,60%	9
Haslach-Schildacker	4	517	277	66,7%	24	8,96%	2	2,45%	11
Alt-Stühlinger	6	5.670	3.202	71,6%	261	8,31%	3	3,48%	4
Haslach-Egerten	10	4.477	2.513	68,4%	204	8,28%	4	2,25%	15
Stühlinger-Eschholz	12	4.656	2.720	74,3%	217	8,11%	5	3,01%	5
Brühl-Güterbahnhof	8	4.138	2.467	71,4%	193	7,98%	6	2,04%	19
Landwasser	15	5.129	3.005	67,4%	218	7,48%	7	1,35%	31
Altstadt-Ring	18	2.494	1.350	76,8%	97	7,28%	8	4,07%	2
Weingarten	2	6.788	3.669	61,1%	257	7,23%	9	1,61%	27
St. Georgen-Süd	34	4.053	2.532	84,1%	165	6,59%	10	4,25%	1
Haslach-Gartenstadt	7	4.952	2.783	67,0%	176	6,42%	11	2,21%	16
Brühl-Industriegebiet	1	342	188	62,5%	12	6,38%	12	0,52%	40
Mooswald-Ost	5	2.264	1.246	66,3%	78	6,38%	13	2,33%	14
Oberau	19	4.819	2.817	79,5%	176	6,32%	14	2,41%	13
Alt-Betzenhausen	16	3.768	2.278	75,4%	141	6,26%	15	1,52%	28
Rieselfeld	20	3.746	2.592	79,9%	157	6,11%	16	1,93%	21
Haslach-Haid	13	2.720	1.447	66,0%	87	6,08%	17	1,83%	23
Unteriwehre-Süd	11	5.238	3.161	78,1%	178	5,69%	18	2,62%	8
<b>Stadtgebiet Freiburg</b>		142.968	113.521	79,4%	6.190	5,45%	---	2,10%	---
Herdern-Süd	29	4.178	2.516	82,2%	135	5,41%	19	2,43%	12
Unteriwehre-Nord	22	3.564	2.044	77,7%	106	5,23%	20	3,87%	3
Neuburg	17	3.256	1.664	69,8%	84	5,11%	21	2,18%	17
Zähringen	24	6.078	3.762	79,4%	188	5,04%	22	1,71%	26
Betzenh.- Bischofslinde	9	5.502	3.222	71,7%	158	5,00%	23	1,75%	25
Mooswald-West	36	2.887	1.895	78,1%	92	4,99%	24	1,83%	22
St. Georgen-Nord	26	6.284	4.030	79,6%	196	4,93%	25	1,93%	20
Tiengen	30	2.436	1.629	79,2%	72	4,48%	26	0,95%	36
Littenweiler	21	5.238	3.166	80,9%	136	4,34%	27	2,06%	18
Oberiwehre	33	4.713	2.905	82,8%	124	4,31%	28	2,72%	6
Herdern-Nord	27	4.183	2.465	80,6%	105	4,30%	29	1,76%	24
Altstadt-Mitte	14	2.951	1.409	68,5%	59	4,22%	30	2,63%	7
Mittelwehre	32	3.298	1.928	80,7%	80	4,18%	31	2,59%	10
Opfingen	28	3.066	2.030	77,6%	82	4,08%	32	0,62%	39
Waldsee	31	4.100	2.414	79,3%	97	4,05%	33	1,40%	30
Hochdorf	23	3.575	2.265	75,9%	78	3,49%	34	0,92%	37
Ebnet	38	1.702	1.053	82,3%	36	3,46%	35	1,51%	29
Kappel	39	2.030	1.335	84,2%	45	3,41%	36	1,12%	33
Günterstal	37	1.296	810	84,5%	27	3,37%	37	1,16%	32
Lehen	35	1.756	1.195	83,9%	33	2,81%	38	0,91%	38
Waltershofen	40	1.746	1.214	80,6%	32	2,67%	39	1,10%	34
Munzingen	25	1.812	1.187	78,1%	31	2,66%	40	1,04%	35

### Quellen:

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2005 in Baden-Württemberg: [http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/Bundestagswahl\\_2005/](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/Bundestagswahl_2005/)
- Amt für Statistik der Stadt Freiburg: Wahlergebnisse in Freiburg (Bundestagswahlen, Gemeinderats- und OB-Wahlen) <http://www.freiburg.de/1/115/11501/index.php>
- Amt für Statistik der Stadt Freiburg: Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Ausländeranteil nach Stadtbezirken (online-Statistik) <http://fritz.freiburg.de/fritz/>
- Amt für Statistik der Stadt Freiburg: Statistischer Infodienst Nr. 5/2005 „Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2005 im Wahlkreis 282 Freiburg - Erste Ergebnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik“